

Nationale Armutskonferenz (nak) fordert Bekenntnis der Parteien zu Armutsprävention und Armutsbekämpfung

In einer Gesellschaft mit Einkommensunterschieden wie in Deutschland ist eine Lebenslagenbeschreibung und Armutsberichterstattung eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Integrationspolitik. Die nak hält die Weiterführung der Armutsberichterstattung und die Bekämpfung von Armut für unbedingt erforderlich.

Die nak bedauert es außerordentlich, dass die CDU/CSU in ihrem Wahlprogramm weder Armut erwähnt noch sich zur Armutsbekämpfung positioniert und somit zur Lebenswirklichkeit von mehr als 8 Millionen Bürgerinnen und Bürgern keine Aussagen im Wahlprogramm macht.

Dabei ist Kinderarmut und die Ausgrenzung armer Kinder von Bildung und kulturellen Standards ein Problem, das nicht nur durch die Pisa-Studie aufgedeckt wurde. Jede zukünftige Regierung ist in der Pflicht, dieses Problem nicht nur durch den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ab dem 3. Lebensjahr und eine bessere schulische Bildungsinfrastruktur anzugehen. Die nak fordert darüber hinaus von allen Parteien eine Kindergrundsicherung, die den Namen auch verdient. Für arme Familien ist eine bessere finanzielle Ausstattung erforderlich, um ihnen eine Teilnahme in dieser Gesellschaft zu ermöglichen.

So lobenswert das Engagement vieler Menschen in örtlichen Tafel-Organisationen ist, tatsächlich ist die Entstehung dieser Tafel-Angebote ein Zeichen für eine zunehmende Armut in unserer Gesellschaft. Die Angebote und Hilfen von Tafelorganisationen können jedoch nicht die Gesellschaft aus der Pflicht entlassen, jedem Bürger ein menschenwürdiges Überleben zu sichern.

Die nak fordert daher, das soziokulturelle Existenzminimum neu zu justieren und die Festsetzung des Regelsatzes als Basisbetrag in einem offenen Verfahren zu gewährleisten – unter Beteiligung der Betroffeneninitiativen, von Wissenschaftlern und Wohlfahrtsverbänden. Willkürliche Festlegung eines Existenzminimums (nach Preisen von 1998), Zuzahlungen bei Medikamenten und ärztlicher Behandlung, steigende Preise für Lebensmittel und notwendige Güter zehren die finanziellen Mittel armer Menschen mehr und mehr auf. Die Anpassung der Grundsicherung für Arbeitssuchende auf das westdeutsche Niveau ist einerseits berechtigt, andererseits erweist sich die Grundsicherung für Arbeitssuchende und für Sozialhilfeempfänger als zu niedrig. Verbesserte Zuverdienstmöglichkeiten allein helfen nicht weiter, wenn für die überwiegende Zahl von Hilfebeziehenden keine Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ihnen kommt auch kein höheres steuerfreies Existenzminimum zugute, dagegen belastet eine höhere Mehrwertsteuer ihr Budget erheblich.

Die nak warnt die Parteien davor, die Lebenssituation von mehr als 8 Millionen Menschen einfach auszublenden und es zuzulassen, dass die Lebensumstände dieser Menschen in der zukünftigen Politikgestaltung übersehen werden.

Kontakte:

Dr. Hans-Jürgen MARCUS, Sprecher der nak, Tel. 0171 2600 785

Erika Biehn, stellv. Sprecherin der nak, Tel. 0160 2811 699